

30. I



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0836890

2/VI/25 - 30. Januar 1961

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Lob der Freundschaft</u> Ollenhauer besucht England - Bilanz einer politischen Reise Von Fritz Sanger	105
3 - 4	<u>Arbeitnehmer muss Wirtschaftsbürger werden!</u> Zentrale Arbeitnehmerkonferenz der SPD in Hamburg	97
5 - 6	<u>"Der siebenjährige Krieg"</u> Zum Protest Frankreichs gegen das Deutsche Fernsehen Von Peter Blachstein, MdP	64
6	<u>Nordens schwarze Stunde</u> Schwindelkongress mit unerwünschtem Ausgang	20
7	<u>Der hat's nötig!</u> Wärmeling und die Jugend	25

* * * *

Lob der Freundschaft

Ollenauer besuchte England - Bilanz einer politischen Reise

Von Fritz Sänger

Ein Politiker, der in ein anderes Land reist und dort von Freunden erwartet, vom Vertrauen empfangen und von der Gewissheit begleitet wird, dass es eine Hilfe für beide Seiten ist, mit ihm zu sprechen, ihn anzuhören und ihn zu unterrichten, erfüllt eine Mission für sein Land, wo immer sein politischer Standort ist, in den Reihen der Regierung oder in denen der Opposition. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenauer, der in der letzten Januarwoche einer Einladung der britischen Regierung gefolgt war und in fünf terringefullten Tagen zahlreiche Gespräche in London führte, traf alte Freunde und gewannen neue für sich und für die deutsche Sache, für die er sprach.

Vor 20 Jahren und jetzt

Fast genau zwanzig Jahre zuvor war er, ein politischer Flüchtlings, der durch Europas bedrängte Länder gejagt wurde, in Bristol an Land gegangen, mitten im Krieg. Jetzt war er als ein Verantwortlicher dort, der an der Spitze der grossen deutschen Oppositionspartei mit Hilfe, ein befriedetes Europa zu errichten, das den Krieg nicht mehr als ein Mittel der Politik kennt, sondern ihn verabscheut und durch Organisationen der wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und militärischen Zusammenarbeit eine internationale Ordnung des Rechtes und der Sicherheit für alle Menschen schaffen will.

Die Gesprächspartner

In diesem Geiste begegnete Ollenauer dem Ausschussminister der Regierung Grossbritanniens, Lord Home, sprach mit hohen Beamten des Foreign Office, mit den Konservativen und dem engeren Freundeskreis der Labour Party. Er war Gast der Anglo-German-Association, sah den Direktor des in aller Welt hochgeschätzten Königlichen Instituts für internationale Angelegenheiten, Kenneth Younger, den Vorsitzenden des Komitees für Auswärtiges im Oberhaus, Lord Birdwood und konferierte mit Hugh Gaitskell, dem Vorsitzenden der Labour Party im Unterhaus, der gerade aus Amerika zurück gekommen war, wo er als erster europäischer Politiker ein mehrstündiges Gespräch mit dem neuen Präsidenten der USA gehabt hatte. Der Botschafter der Bundesrepublik, Hans von Herrath, war ein umsichtiger Gastgeber, und persönliche englische und deutsche Freunde, Politiker und Journalisten, stellten Fragen und wollten Meinungen diskutieren.

Atomare Bewaffnung nicht im Mittelpunkt

Das Thema der atomaren Bewaffnung deutscher Gruppen aber stand nicht im Mittelpunkt der Unterhaltungen. Jemand meinte, die laute deutsche Diskussion sei wohl mehr für den innerdeutschen Gebrauch bestimmt, als dass diese Frage aktuelle internationale Bedeutung habe. Ein Blick auf den Zusammenhang dieses Themas mit der Politik der Entspannung und mit einem neuen Abschnitt in diesem Kapitel war unvermeidlich und lehrreich.

EWG und EFTA

Das Interesse für die Möglichkeiten, unter denen "die Sechs und die Sieben", EWG und EFTA, einander näher kommen könnten, war besonders lebendig. Englands Position in Europa und zugleich im Commonwealth,

die eine Lösung nicht erleichtert, wurde noch einmal besonders deutlich, die Hoffnung aber ungleich drängender erkennbar, dass eine Einigung der beiden "Wirtschaftsblocke" in Europa bald zustandekomme. Es gibt Wege, die zueinander führen, und die SPD hat vom Entstehen dieser Organisationen an ihre politische Hilfe für eine Annäherung und Verbindung zur Verfügung gestellt. "Da hat also Ihre Regierung von der Opposition gelernt", wollte ein Gesprächspartner gern bestätigt haben.

Wiedervereinigung - Gestenbeziehungen...

In England muss es nicht verwunderlich erscheinen, dass die Kenntnis über das lebenswichtige Thema Deutschlands erfreulich gross ist: die Wiedervereinigung. Aber der nüchterne Sinn dieser Politiker greift zu den praktischen Fragen: Welche Chance gibt es für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen, zu den anderen europäischen Ländern des Ostblocks? Die Nachrichten aus Deutschland über den Besuch des Krupp-Managers B e i t z in Warschau und beim Bundeskanzler, über den offiziellen oder privaten (oder auch kommersiellen) Charakter dieser Unternehmung, trugen nicht zur Klärung der deutschen Gesichten bei und schufen, wie man erfahren konnte, kein Klima, in dem Hoffnungen keimen können. Sie widersprechen einander. Man machte jedoch kein Hehl daraus, dass man in einer vernunftvollen Annäherung an den Nachbarn Deutschlands eine Hilfe für die Politik der Entspannung und der internationalen Befriedung sehen würde.

... und Berlin

Die Berlin-Frage wurde von dem Vorsitzenden der SPD nachdrücklich als ein Bestandteil der aktuellen internationalen Politik gekennzeichnet, dessen Lösung nicht von den grossen Themen Europas getrennt werden kann. Das Verständnis für die gemeinsame Haltung aller Deutschen ist in England gross und aufrichtig, wo man stets auch den Zusammenhang aller offenen Fragen der internationalen Politik sieht, von denen keine für sich und ohne Nebenwirkungen gelöst werden kann. Der Wille der Bundesrepublik, ihre Position in der Völkerfamilie zu verbessern, wie er in dem Handelsvertrag mit der Sowjetunion, in dem Interzonenabkommen und nun auch in der jüngsten Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen erkannt wurde, fand Verständnis. Die Fragen, die dazu gestellt wurden, galten der formalen Beibehaltung der Hallstein-Doktrin und natürlich auch dem Verhalten zu den anderen Ländern des Ostblocks in Europa. Eine Unterscheidung zwischen inneren Ursachen niemand sinnvol, der sich dazu äusserte.

Vertrauen und Verständnis

Der gute Wille, der einem Politiker in einem anderen Lande entgegengebracht wird und das Vertrauen, mit dem er rechnen kann, sichern ihm die Glaubwürdigkeit seiner Argumente. Erich Ollenhauer konnte in London mit einem reichen Kapital wuchern. Auch unter dem Mantel der kühlen Nüchternheit, der der englische Partner mit überzeugender Beständigkeit trägt, war das Ja zu vielen der Gründe deutlich erkennbar, mit denen die deutschen Ziele und Ansichten vertreten wurden. Und aus den Darstellungen britischer Gesprächsteilnehmer, Gastgeber und Besucher, wurde in Vertrauen auf das Verstehen manches seltene Wort zu kommenden Entsendungen gesagt, das nur Freunde begreifen und beschreiben wärden. In diesem Geiste war die London-Woche des Vorsitzenden der deutschen Opposition ein nützliches Glied in der Reihe der ständigen Berührungen der SPD, zu helfen, dass die deutschen Fragen im internationalen Gespräch bleiben und eine überzeugende Konzeption einer deutschen Aussenpolitik zu entwickeln, die Beifall und Unterstützung der freien Welt, Verständnis und Respekt aller Nationen findet.

Arbeitnehmer muss Wirtschaftsbürger werden!

Zentrale Arbeitnehmerkonferenz der SPD in Hamburg

G.M. Die Bedeutung einer freien Arbeiterbewegung für die Festigung des demokratischen Staates - das war Grundthema der Zentralen Arbeitnehmerkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu der am vergangenen Sonntag etwa 350 Betriebsräte und Gewerkschaftler, an der Spitze Willy Reichert, aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Hamburg gekommen waren. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner umriss diesen Gedanken mit der Feststellung, die Sozialdemokratie erstrebe im Staat von heute die Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer, damit die demokratischen Grundrechte endlich auch in den grossen Bereichen der sozialen Ordnung und der Wirtschaft durchgesetzt werden können. So sieht die Sozialdemokratische Partei auch die Betriebsrätewahlen dieses Jahres. Die SPD erstrebt keine Sonderrolle in den Gewerkschaften; sie will aber die Festigung und Stärkung der Einheitsgewerkschaft, weil sie überzeugt ist, dass nur grosse und unabhängige freie Gewerkschaften in der Lage sind, die staatspolitische Rolle aller Arbeitnehmer in der modernen Demokratie wirkungsvoll zum Tragen zu bringen. Aus diesem Grunde - und das ist die logische Konsequenz der erwähnten Grundforderung - erstrebt die SPD in den Gewerkschaften auch keine Sonderstellung. Sie wäre aber froh, wenn andere demokratische Parteien ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften in einem fairen Wettbewerb und ohne Hintergedanken gestalten würden. Das könnte nur nützlich für den Staat sein.

Staatspolitische Forderungen

Gedanken dieser Art wurden als staatspolitische Forderungen von der Konferenz mit starkem Beifall aufgenommen. Hier zeigt sich, wie sehr die sozialdemokratischen Arbeitnehmer die innere Verbindung zwischen ihrer rein betrieblichen Tätigkeit und den Erfordernissen unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens anstreben. Hier gewinnt das schon um die Jahrhundertwende in der freien deutschen Arbeiterbewegung angestrebte Ziel feste Ausdrucksformen. So wenn Wehner u.a. sagt: "Wenn die Arbeitnehmer die soziale Demokratie nicht mitgestalten und fundamentieren, kann die politische Demokratie nicht funktionieren."

Gegen jeden Aufsplitterungsversuch

Es ging in Hamburg auch darum, klarzustellen, dass die Gewerkschaften als Gesamtvertretung der Arbeitnehmerschaft, nicht nur im tarifrechtlichen Sinne, ihre Bedeutung als ein sehr wichtiger Teil des Staates von heute haben. Deshalb: Je eindeutiger die Betriebsrätewahlen im Zentrum der Gewerkschaft stehen, umso stärker und umso grösser wird der Spielraum jedes Betriebsrates sein, um im Rahmen der bereits bestehenden Gesetze weiter zu wirken. Der Arbeitnehmer muss Wirtschaftsbürger werden, und er soll wissen, dass die Gewerkschaft und der mit seiner Gewerkschaftsorganisation zusammenarbeitende Betriebsrat eine bedeutende Funktion in unserem Staatsleben erfüllt.

Deshalb wenden sich auch die sozialdemokratischen Arbeitnehmer gegen jeden Aufsplitterungsversuch von rechts und links. Jede Zersplitterung, die meist ihren Ausgangspunkt nur in parteiegoistischen

Bestrebungen hat, schadet der Belegschaft eines Werkes. Gewiss sollen Gegensätzlichkeiten, die hier und dort bestehen, sachlich ausgetragen werden. Die Auseinandersetzung muss aber dort ihre Grenzen finden, wo gewerkschaftsfremde Elemente die Einheit zu zerstören drohen.

Keine Gemeinschaft mit Links- und Rechtsradikalen

Muss man bei uneingeschränkter Anerkennung dieser sozialdemokratischen Ziele im Rahmen der Arbeitnehmerbewegung noch betonen, dass es zwischen Sozialdemokraten und den sogenannten Radikalen von rechts und links keine Gemeinschaft gibt? Das Faktieren mit Kommunisten oder DRP-Anhängern, die nur die demokratischen Rechte missbrauchen, verärgert als einmütige Ablehnung aller demokratischen Kräfte auch in den Betrieben.

Doppelzüngigkeit der SED

Zur Illustration und Demonstration der schlechten Absichten kommunistischer "Einheitskämpfer" verwies Herbert Wehner auf ein frappantes Beispiel von Doppelzüngigkeit. Kommunistische Agenten und Spalter fordern die westdeutschen Arbeiter auf, den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaft zu führen. Walter Ulbricht dagegen erklärt, die SED halte die "Verständigung mit der Kapitalistenklasse in Westdeutschland" für möglich, wenn diese "die Konföderation der beiden deutschen Staaten als Ausgangspunkt" für die sogenannte Wiedervereinigungspolitik Pankows anerkenne. Derselbe Mann also, der zum Bruderkampf in der SPD und im DGB hetzt, bietet der "westdeutschen Kapitalistenklasse" einen Pakt an. Hier wird deutlich, was man in Pankow will: die Zersplitterung der freien deutschen Arbeiterbewegung zugunsten der Machthaber in Pankow, die Verhinderung der sozialen Demokratie in Deutschland als strategisches Mittel zur Beherrschung ganz Deutschlands, sogar mit Hilfe der angeblichen Klassenfeinde.

Die Doppelzüngigkeit der Sowjetzonalen Einheits-Partei (SEP) wurde auch deutlich, als Stefan Thomas, Leiter des Büros für Fragen der Wiedervereinigung beim Parteivorstand der SPD, den die letzten Freiheiten des Arbeitnehmers in der sogenannten EDR zerstörenden Gesetzentwurf für die Arbeitsgesetzgebung erläuterte.

Praxis der kommunistischen Zersetzungsarbeit

Erschütternd dann der Bericht des ehemaligen Vorsitzenden im Präsidium des ständigen Ausschusses der sogenannten Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen, des Metallarbeiters Harry Roth aus Bremen. Hier sprach ein Mann, der die Praxis der Zersetzungsarbeit und der kommunistischen Infiltrationsversuche in Westdeutschland kennengelernt hat. Rücksichtslose Brutalität, Verachtung des Menschen, Lüge und Hinterhältigkeit - das sind die charakteristischen Merkmale, die Roth im Kontakt mit jenen Männern in der Zone feststellte, die Leichtgläubige oder Unerfahrene für ihre Ziele in der Bundesrepublik "einsetzen". Roths Bericht hat einen starken Widerhall in der Presse gefunden, und es ist anzunehmen, dass seine Aussage manchem zu denken geben wird, der bisher mit einer gewissen Nonchalance über das traurige Kapitel der sowjetzonalen Zersetzungsaktivität hinwegzureden pflegte.

* * *

Die Zentrale Arbeitnehmerkonferenz der SPD in Hamburg hinterliess den Eindruck des starken Willens sozialdemokratischer Gewerkschaftler, die sich zum Ziele gesetzt haben, den Art. 20, Abs. 1 des Grundgesetzes Wirklichkeit werden zu lassen: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat".

+ + +

"Der siebenjährige Krieg"

Zum Protest Frankreichs gegen das Deutsche Fernsehen

Von Peter Blackstein, HD3

In der vorigen Woche brachte das Deutsche Fernsehen einen Bericht über Algerien mit dem Titel "Der siebenjährige Krieg". Es war eine ausgezeichnete, abgewogene, sachliche Sendung über den schrecklichen Konflikt zwischen Frankreich und dem algerischen Volk. Der Autor Gert von Paczensky, gehört zu den besten deutschen Kennern dieses Problems und genießt zu Recht den Ruf, nach langen Jahren des Aufenthalts in Frankreich gerade darüber besonders viel Material zu haben und objektiv urteilen zu können. Die berichteten Tatsachen beruhten auf französischen Unterlagen, sie wurden den Aussagen der Führer der algerischen Freiheitsbewegung gegenübergestellt. Einen grossen Raum nahmen in der Sendung Reden von Staatspräsident de Gaulle ein. Es kamen aber auch Ferhat Abbas, der Ministerpräsident der dort gewählten Exilregierung, seine Minister Krim Belkassem und Boumendjel, sowie der marokkanische Botschafter in der Bundesrepublik Fahred zu Wort. Der Norddeutsche Rundfunk hat seine Informationspflicht mit dieser Sendung ausgezeichnet erfüllt. Er hat dabei an frühere Sendungen mit Bourguiba, Ferhat Abbas und anderen Staatsmännern des neuen Marokko angeknüpft. Die allseitige Information ist eine Verpflichtung für Rundfunk und Fernsehen. Es mag für Frankreich quälend sein, sich den Folgen seiner Herrschaft in Algerien und des mörderischen Krieges dort gegenübergestellt zu sehen. Für uns darf und kann das kein Grund sein zu schweigen.

Man hat diesen Film den Protest des französischen Botschafters bei der Bundesregierung ausgelöst. Wenn die französische Regierung dazu Anlass zu haben meint, so ist das ihre Sache. Höchste eigenartig und protokollarisch unmöglich ist aber der Besuch des französischen Generalkonsuls im Rathaus des NDR in Hamburg, um auch dort einen Protest anzubringen. Der Leiter des Generalkonsuls für Gespräche oder Beschwerden ist der Hamburger Senat. Kein Konsul oder Botschafter darf sich in die inneren Verhältnisse des Gastlandes einmischen. In Interesse freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich müssen künftig direkte Interventionen, wie die in Hamburger Rathaus, unterbleiben. Es sind auch schlechte Methoden, wenn jetzt ein seit langer Zeit vorbereitetes Interview mit dem französischen Außenminister für das deutsche Fernsehen nach dieser Sendung von der Erfüllung besonderer Bedingungen abhängig gemacht wird. Wer als deutscher Journalist nach Paris fährt, das bestimmt nicht die französische Regierung. In unserem Lande sind Rundfunk und Fernsehen noch frei, die Auswahl der Mitarbeiter unterliegt nur ihrer Entscheidung.

Besonders töricht aber hat sich das Auswärtige Amt in dieser Sache verhalten. Auch dort scheint in Vergessenheit geraten zu sein, dass in der Bundesrepublik Rundfunk und Fernsehen frei sind. Die Zusage an den französischen Botschafter, den Fall zu prüfen, mochte noch angehen. Allerdings hätte der französische Botschafter sofort darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass, im Gegensatz zu Frankreich, in der Bundesrepublik die Regierung keinen direkten Einfluss auf Sendungen nehmen kann. Damit habe die Regierung klargestellt, dass sie nicht beteiligt und nicht verantwortlich ist. In den Vereinigten Staaten ist es ganz selbstverständlich, dass bei Beschwerden über Presse und Rundfunk durch bedrängte Mächte die Regierung erklärt, darauf keinen Einfluss nehmen zu können. Dieses berechtigste Argument aber hat das Auswärtige Amt dem französischen Botschafter nicht entgegeng gehalten. Wenn diese Praxis nicht revidiert wird, dann werden sich wohl künftig die protestierenden Botschafter dort die Klinke in die Hand geben oder das deutsche Fernsehen darf von den Konflikten in dieser Welt nicht mehr berichten.

Das Auswärtige Amt hat es nicht für notwendig befunden, mit den Verantwortlichen beim Fernsehen vor seiner Kritik an der Sendung zu sprechen. Diese Annäherung der hohen Bürokratie ist leider typisch. Die unbedachte sofortige Kritik wäre kaum in irgend einem anderen demokratischen Land möglich. Jede sachliche Kritik ist dem Deutschen Fernsehen sicherlich erwünscht, auch vom Auswärtigen Amt. Sie steht noch aus. Vorläufig gilt es zu betonen: Hat es vor dem Amt zur Wahrheit und Respekt vor Journalisten und Reportern, die objektiv und fair berichten.

Und dem Herrn Botschafter ins Stammbuch: Excellenz, in Deutschland erhofft man baldigen Frieden in Algerien und Selbstbestimmung für das algerische Volk. Wir meinen, das verbindet uns mit sehr vielen Franzosen.

+ + +

Nordens schwarze Stunde

sp - Eine volle Stunde hat der Propagandaminister der Zone, "Prof." Norden, für den unglücklichen Versuch gebraucht, Zehn-Minuten-Fragen eines hessischen Pfarrers zu widerlegen. Sie ließen sich nicht widerlegen. So kürzlich geschah in der Goethe-Stadt Weimar, anlässlich eines "National-Kongresses für Frieden und Abrüstung". Was unter diesen von der SED oft zitierten Firmenschild zu halten ist, dient weder dem Frieden noch der Abrüstung, es dient dem Gegenteil von alledem davon. Unter Frieden versteht die SED die Schürung des innerdeutschen Unfriedens durch Einschleusung von Agenten nach dem Westen und unter Abrüstung die ideologische und materielle Wehrlosmachung der Bundesrepublik. Dazu gehört auch das von Pankow verfügte Verbot des Evangelischen Kirchentages in Ostberlin. So fürchtet die Begegnung mit Bürgern freiheitlicher Gesinnung und Lebensauffassung. Dieseneinfachen Tatbestand zu verwischen gelingt nicht einmal dem geschicktesten SED-Propagandisten. Vielleicht wird Pankow, belehrt durch den Weimarer Zwischenfall, künftig etwas vorsichtiger bei der Auswahl von Bürgern der Bundesrepublik für die Teilnahme solcher Schwindel-Kongresse sein. Der hessische Pfarrer Kamann, auch wenn man seine politischen Ansichten nicht zu teilen vermag, aber verdient als tapferer Mann ein Lob. Er hat dem Verdrehungskünstler Prof. Norden eine schwarze Stunde bereitet.

+ + +

Der hat's nötig!

sp - Je näher die Bundestagswahl heranrückt, umso häufiger hört man jetzt langjährig amtierende Bundesminister darüber reden, was noch alles geschehen müsste, um den demokratischen Staat zu festigen. Zu Sonntagsrednern dieser Art gehört auch Bundesfamilienminister Wirmeling, der plötzlich entdeckt, es sei eine wesentliche Aufgabe der Jugend, den wachsenden Lebensstandard geistig zu bewältigen. Erziehungsberechtigte, Staat und Jugend sollten dafür sorgen, dass die Lebenserwartungen der jungen Menschen mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung gebracht werden.

Da fragt sich nun der Laie und normale Staatsbürger, was dieser Familienminister eigentlich in den 8 Jahren seiner Minister-tätigkeit gemacht hat. Wenn wir uns nicht irren, gehört Herr Dr. Wirmeling der Regierungspartei an, die bekanntlich im Bundestag über die absolute Mehrheit verfügt und Herr Dr. Adenauer als Bundeskanzler stellt. Wirtschafts-, Finanz- und Innenminister gehören der gleichen Partei an und niemand hat sie bisher daran gehindert, die ihnen zur Verfügung stehende absolute Parlamentsmehrheit zur Lösung aller jener Probleme einzusetzen, über deren ausgebliebene Lösung sie sich jetzt beklagen.

Wir machen einen Vorschlag im Ekte: Die Herren sollen sich in den kommenden Monaten vor das Volk stellen und erklären, sie seien nicht in der Lage oder nicht willens gewesen, mit der ihnen von diesem Volk gegebenen absoluten Regierungsmehrheit etwas Vernünftiges anzufangen. Das klingt schon besser. Das Jammern jedoch darüber, dass dies oder jenes nicht geschafft wurde, kann nur mit der Bemerkung registriert werden: Der hat's nötig!

+ + +

Verantwortlich: Gün-er Markscheffel